

POLITALK

E-ID-Gesetz: Dörfs es bitzeli meh sy?

Getreu nach diesem Motto versucht man uns regelmässig etwas Zusätzliches anzudrehen. Irgendwas, wonach wir gar nicht gefragt haben. Ein Abo-Upgrade, eine Zusatzversicherung oder... Zurzeit versucht uns eine Abstimmungskampagne den Fortschritt zu verkaufen. Der nichtsagende Slogan lautet: Meine Stimme für eine moderne Schweiz. Als ob wir tatsächlich über den Fortschritt abstimmen könnten.

Das E-ID-Gesetz will einen amtlichen Ausweis kommerzialisieren und durch private Anbieter herausgeben lassen: Den digitalen Schweizer Pass. An die Stelle der Passbüros würden Unternehmen wie Banken und Versicherungen treten. Sie werden die sensiblen Daten von uns verwalten. Bisher war die Sicherung der Identität eine staatlich-hoheitliche – und demokratisch kontrollierte – Aufgabe. Genau so soll es bleiben, denn beim Datenschutz fehlt das Vertrauen in private Unternehmen.

Dörfs es bitzeli meh sy? Genau dies wollen wir nicht vom zukünftigen Anbieter der E-ID hören! Nein, diesen Auftrag erteilen wir jetzt dem Parlament. Einmal zurück an den Absender. Die Herausgabe eines digitalen Passes ist eine staatliche Aufgabe, darum Nein zum E-ID-Gesetz.

Christian Griesser

Christian Griesser ist Gemeinderat der Grünen Winterthur.



Sechs Kandidierende für Quartiervorstand

**Winterthur** Der Quartierverein Gutschick-Mattenbach soll im März einen neuen Vorstand erhalten. Wie der «Landbote» berichtete, möchten der IT-Projektleiter Bruno und fünf weitere Mitglieder den Verein ab dann führen. Die Wahl wird schriftlich durchgeführt. Bereits im Januar machte die Tageszeitung bekannt, dass der jetzige Vorstand komplett zurücktritt. Auslöser für einen langandauernden Konflikt mit der städtischen Fachstelle Quartierentwicklung sollen unterschiedliche Vorstellungen bei der Nutzung des Quartierzentrums an der Scheideggstrasse gewesen sein. mth

Indonesien-Abkommen: fauler Deal oder grosse Chance?

Von Michael Hotz

Die Schweiz stimmt am 7. März über das Freihandelsabkommen mit Indonesien ab. Die Paneco-Stiftung ist dagegen, weil Zölle auf Palmöl gesenkt werden. Ein Abkommen mit Vorbildcharakter ist es für FDP-Präsident Dieter Kläy.

**Winterthur/Berg am Irchel** Die Freihandelsabkommen sichern der Schweiz den Zugang zu ausländischen Märkten. Sie erleichtern den Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen, was wichtige Eckpfeiler unseres Wohlstands sind. Vor kurzem hat die Schweiz ein neues Abkommen mit Indonesien ausgehandelt. Das mit einer Bevölkerung von 271 Millionen viertgrösste Land der Welt entwickelt sich rasch. Darum soll der Handel zwischen der Schweiz und Indonesien erleichtert werden. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen senkt Zölle und beseitigt Handelsbarrieren. Gegen dieses Abkommen wurde das Referendum ergriffen. Deshalb kommt es am 7. März an die Urne.

Stein des Anstosses ist die vorgesehene Senkung der Zölle auf Palmöl. Zwar wird die Zollreduktion nur gewährt, wenn ein Lieferant nachweisen kann, dass das Palmöl unter Einhaltung von vereinbarten Umwelt- und Sozialauflagen produziert wurde. Zu den Auflagen zählen: keine Abholzung des Regenwalds, keine Entwässerung der Torfmoore und keine Brandrodungen sowie die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und Rechten der indigenen Bevölkerung.

«Missbrauch von Nachhaltigkeit» Für die Gegner des Abkommens sind die vorgesehenen Kontrollen und Sanktionen wirkungslos. Zu diesem Schluss kommt auch die Stiftung Paneco mit Sitz in Berg am Irchel, die sich für Natur- und Artenschutz sowie Umweltbildung in Indonesien und der Schweiz einsetzt. «Wer die im Abkommen erwähnten Zertifikate genauer anschaut, erkennt, dass hier das Wort Nachhaltigkeit missbraucht wird», sagt Sprecherin Irena Wettstein. Als Beispiel nennt sie «Roundtable on Sustainable Palm Oil»-Zertifizierung. Bei RSPO war Paneco seit der Gründung Mitglied, wandte sich aber 2016 ab. «Damals wurden die Statuten angepasst. Die Mitglieder sind seither verpflichtet, keine Kritik mehr zu äussern», begründet Wettstein den Ausstieg. Die Standards von RSPO seien eigentlich gut, 2018 auch verbessert worden. Aber: «Die



Streitpunkt des Abkommens: die indonesischen Palmöl-Plantagen. ThKatz / Adobe Stock

Probleme sind die Umsetzung und die Sanktionierung. RSPO funktioniert nicht.» Darum müsste die Schweiz selber Geld in die Hand nehmen, um die Auflagen zu kontrollieren. «Nachhaltigkeit gibt es nicht gratis», so Wettstein.

In Indonesien gebe es deshalb praktisch kein nachhaltiges Palmöl, die entsprechenden Wirtschaftsketten würden fehlen. «Ein Ja zum Abkommen ist auch ein Ja zu den Monokulturen von grossen Konzernen. Nur gerade ein Prozent der total zertifizierten Anbauflächen werden von unabhängigen Kleinbauern bewirtschaftet», sagt Wettstein. Solange Palmöl Regenwald zerstöre, könne Paneco die Zollreduktion nicht unterstützen. Und auch viele indonesische NGOs seien gegen das Freihandelsabkommen. So hätten 16 Organisationen jüngst einen warden offenen Brief an die Regierung verfasst. «Sie haben Angst vor negativen Auswirkungen», so Wettstein. Der im Abkommen festgelegte Schutz von geistigem Eigentum werde etwa bewirken, dass die Preise für Medikamente und Saatgut steigen würden. «Vom Freihandelsabkommen werden die Konsumentinnen und Konsumenten, die Kleinbauern und die indigene Bevölkerung Indonesiens sicher nicht profitieren», bilanziert die Paneco-Sprecherin.

«Exempel am falschen Beispiel»

Als Win-win-Situation bezeichnet dagegen Dieter Kläy das Freihandelsabkommen mit Indonesien. Für den Kantonsrat und Präsident der FDP Winterthur ist es ein Abkommen auf Augenhöhe: «Wir nutzen damit keine Vormachtstellung aus. Im Gegenteil: Es ist eine Chance zwischen zwei ebenbürtigen Partnern für mehr Nachhaltigkeit.» Als

«gewagte Behauptung» betitelt er aus diesem Grund den von den Gegnern eingebrachte Einwand, die vorgesehenen Kontrollen und Sanktionen seien zahnlos. «Dieses Argument zeugt doch davon, dass die Kritiker kein Vertrauen in den Handelspartner haben. Umgekehrt muss Indonesien auch uns vertrauen.» Die Republik in Südostasien entwickle sich schnell und sei ein modernes und dynamisches Land. Ohne Not schliesse Indonesien mit seiner Grösse nicht einfach ein Freihandelsabkommen mit der Schweiz ab. Es liege darum auf der Hand, dass beide Länder davon profitieren würden.

Die verbindlichen Verpflichtungen für die Senkung von Zöllen auf Palmöl sind für Kläy eine wichtige Errungenschaft und ein Commitment Indonesiens. Schliesslich sei das Land bisher mit keinem anderen Handelspartner solche Auflagen eingegangen. «Das indonesische Ökosystem wird geschützt und die Rechte von Arbeitnehmenden und der indigenen Bevölkerung werden berücksichtigt. Das Abkommen gestaltet den Handel so, dass es Zukunftsperspektiven und Zusatzkommen für die Menschen dort schafft.» Ein zentraler Punkt dabei sei auch der Schutz des geistigen Eigentums, der für Rechts- und Investitionssicherheit Sorge. «Investoren sind eher geneigt, Gelder in die Hand zu nehmen. Davon profitiert letztlich die stetig wachsende Bevölkerung», so der FDP-Mann. Das Freihandelsabkommen hat für Kläy auch Mustercharakter: «Es erreicht dank den Standards eine neue Qualität, was neue Perspektiven für bessere Abkommen mit anderen Schwellenländern bietet.» Ein Nein am 7. März wäre deshalb ein «Exempel am falschen Beispiel».

POLITALK

Liebe Frauen

Es ist Zeit, ein politisches Amt zu übernehmen. Seit 50 Jahren sind volljährige Schweizerinnen wählbar und doch gibt es immer noch zu wenige Frauen in der Politik! Im Frühling 2022 sind in Winterthur Gemeinderatswahlen, und die Parteien suchen Kandidatinnen. Es ist wichtig, dass wir Frauen – unabhängig von der politischen Couleur – angemessen in den Parlamenten, Regierungen und übrigen Behörden vertreten sind.

Die Parlamente repräsentieren die Bevölkerung. Sie prägen die Vorlagen und Gesetze, die uns alle direkt betreffen. Ihr meint, «die anderen» könnten das besser? So ein Quatsch! Vermutlich habt ihr Bedenken, euch an eine Partei zu binden und öffentlich Stellung zu beziehen. Das ist unklug. Denn wer nicht mitbestimmt, über den wird bestimmt. Und auch in einer Partei sind nicht immer alle gleicher Meinung. Sucht euch diejenige Partei aus, die euch am meisten anspricht und meldet euch bei ihr. Engagiert euch, steht für eure Meinungen ein und lasst euch für politische Ämter aufstellen. Das ist ein wichtiger Beitrag für eine funktionierende und lebendige Demokratie. Es ist höchste Zeit, dass auch ihr politische Verantwortung übernimmt und vor allem für die Sicht der Frauen öffentlich einsteht. Ihr werdet sehen, ein politisches Amt ist eine bereichernde Aufgabe.

Silvia Gyga-Matter



Silvia Gyga-Matter ist Mitglied des Politischen Frauenforums und war GLP-Gemeinderätin von 2010 bis 2020.

Erfolgreiche Rekurse gegen 5G-Antennen

**Winterthur** Die hiesigen Gegner des neuen Mobilfunkstandards 5G erlangten kürzlich gleich einen doppelten Sieg vor Gericht. Der Rekurs des Seemer Vereins «Ohne 5G» gegen eine neugeplante 5G-Mobilfunkanlage an der Wingertlistrasse 9 wurde vom Baurekursgericht teilweise gutgeheissen. Dazu hiess das Verwaltungsgericht in zweiter Instanz einen Rekurs des Vereins «Stopp 5G in Winterthur» gegen zwei Projekte der Swisscom teilweise gut. Diese plant auf dem Technopark und auf dem Swissmem-Gebäude je eine 5G-Antenne. pd/mth

POLITALK

Kein zahnloser Papiertiger

Vergangenes Jahr stimmte der Kantonsrat einer Änderung des Sozialhilfegesetzes zu. Die Änderung legt die Bedingungen für Observationen durch Sozialdetektivinnen und -detektive gegen Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler fest. Sie erlaubt den Einsatz von technischen Hilfsmitteln zur Bildaufzeichnung. Die Observationen können von den Sozialhilfeorganen in Auftrag gegeben, müssen aber vom Bezirksrat genehmigt werden.

Allerdings fehlen diesem kantonalen Gesetz, das am 7. März 2021 zur Abstimmung kommt, weil mehrere

Gemeinden das Referendum ergriffen haben, wirksame Massnahmen: Erstens sind unangemeldete Hausbesuche verboten. Zweitens fehlt eine Grundlage für den Einsatz von GPS-Trackern und drittens muss jede Observation, die die Gemeindebehörden bei einem Verdacht anordnen möchten, zuerst vom Bezirksrat genehmigt werden. Damit werden die Gemeinden in ihrer Autonomie beschnitten.

Diese drei wesentlichen Mängel sind die Gründe, weshalb die FDP die zahnlose Vorlage ablehnt. Die Sozialhilfeorgane müssen am

Wohnort der betroffenen Person zur Überprüfung und Klärung der Verhältnisse unangemeldete Augenscheine vornehmen können.

Dieter Kläy



Der Winterthurer Dieter Kläy ist Kantonsrat und Präsident der FDP Winterthur.

Anzeige

Nachhaltiger Wohnraum für alle – nicht nur für eine Insel!

Am 7. März NEIN zum Eichwaldhof ohne direkten Anschluss

www.direkter-anschluss.ch

GSU - Gruppe Schönen und Umgebung